P r o t o k o l l

der 24. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Wohnungswesen der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin am 08.03.2006

Beginn: 16:30 Uhr Ende: 17:55 Uhr

Anwesende: siehe Anwesenheitsliste

Der stellv. Ausschuss-Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und entschuldigt den Vorsitzenden, der aus terminlichen Gründen erst später an der Sitzung teilnehmen wird.

TOP 1 Bürgerfrageviertelstunde

Anfragen liegen nicht vor.

TOP 2 EFRE-Förderkulisse 2007 – 2013

Anhand einer Karte unterrichtet BzStR Laschinsky über die vorgesehene Fördergebietsabgrenzung 2007 – 2013 der im Rahmen von aus EFRE-Mitteln refinanzierten Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Infolge eines Verzichts auf eine anrechenbare Einwohnergröße von einer Million Einwohner ist eine zusätzliche Gliederung der Förderkulisse in Berlin (generell: C-Gebiet) mit eingeschränkter Förderung notwendig („D-Gebiete“), die neun Verkehrszellen im Bezirk umfassen soll, und verteilt hierzu ein Kartenblatt.
Das Bezirksamt begehrt die Herausnahme der Vkz 0641 wegen des dort ansässigen Innovationszentrums Focus Mediport

Sodann beschreibt er die Auswirkungen auf die Förderfähigkeit von Maßnahmen wie folgt:

Förderung von	**im C-Gebiet**	**im D-Gebiet**
Großbetrieben	15 %	0%
Klein- und Mittelbetriebe	25 %	10 %
Kleinstbetriebe	35 %	20 %

der jeweils förderfähigen Kosten.

Soweit die im Bezirk gelegenen C- und D-Gebiete an das Land Brandenburg (generell Fördergebiet A mit der höchsten Fördermöglichkeit) anstoßen, ist ein deutliches Gefälle zu verzeichnen, das erst ab 2011 durchbrochen werden wird

Auf die Frage von Frau BV Markl-Vieto nach inhaltlichen Schwerpunkten, antwortet BzStR Laschinsky, dass es das Operative Programm erst im Laufe des Jahres 2007 geben wird.

TOP 3 Gefahrensituation Geflügelpest

Angesichts des Auftretens der Geflügelpest bei Wildvögeln in verschiedenen Bundesländern und einem möglichen weiteren Ausbreitens dieser Tierseuche auch auf Berlin erläutert BzStR Laschinsky die zwischen den Veterinärbehörden abgestimmten Maßnahmen und hebt hervor, dass

- die Geflügelpest („Vogelgrippe“) eine Tierseuche ist
- das „Aufstallungsgebot“, das Unterlassen der Fütterung von Wildvögeln sowie das Verbot der Einfuhr von Lebensmitteln tierischer Herkunft aus Drittländern durch Reisende eine epidemische Ausbreitung verhindern soll
- die Bevölkerung laufend durch Presse, Internet und Merkblättern über Schutzmaßnahmen (Informationen und Tipps von der Hygiene bis zur Lebensmittelzubereitung) unterrichtet wird
- die bisher als Indikatortiere untersuchten Kadaver von insgesamt rd. 700 Schwänen, anderen Wasservögeln und aasfressenden Greifvögeln in Berlin kein positives Ergebnis zutage gefördert haben
- ungeachtet dessen die Veterinärämter Bereitschaftsdienste eingerichtet haben, um im Bedarfsfalle schnell die notwendige Einrichtung einer 3 km-Sperrzone und einer 10-km-Beobachtungszone um den Fundort anordnen können
- das Einsammeln von Tieren ausschließlich durch die Berliner Feuerwehr erfolgt und die Gefährdungszonen in Amtshilfe von der Polizei, dem Ordnungsamt und dem NGA beschildert und beobachtet werden würden
- vorbeugende Impfungen durch „Tamiflu“ allenfalls Schutz gegen den normalen Wintergrippe-Virus nicht aber gegen den Erreger der Geflügelpest (Typ Asia) bietet.

An die Fraktionen werden das Merkblatt der Senatsgesundheitsverwaltung und die Tipps sowie eine Information des Max-Planck-Instituts für Ornithologie verteilt.

TOP 4 Anträge

TOP 4.1 Handelsstruktur Schloßstraße
Drucksache: 1803 / II – GRÜNE-Fraktion

Auf Vorschlag der GRÜNE-Fraktion wird der Antrag wie folgt geändert:

> *"Das Bezirksamt wird ersucht, die Händlerstruktur vor der Eröffnung der Schloßstraße zu dokumentieren, um die Entwicklung verfolgen zu können."*

Die GRÜNE-Fraktion erläutert den von ihr vorgelegten Änderungsantrag und macht deutlich, dass es hierbei um eine Bestandsaufnahme geht, ob durch die Eröffnung der Schloßgalerie es zu einer Veränderung der Einzelhandelsstruktur auf der Schloßstraße kommen wird.

Nach einer kurzen Aussprache wird der Antrag in der geänderten Fassung mit 2 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltungen abgelehnt.

TOP 4.2 Otto-Lilienthal in Lichterfelde
Drucksache: 1876 / II – CDU-Fraktion

BV Rolle begründet den Antrag und macht deutlich, dass es hierbei nicht nur um den Wegweiser vom Bahnhof zum Lilienthalpark, sondern um die Bedeutung dieses Ortes - „Fliegeberg“ - für die Luftfahrt insgesamt, geht.

Nach einer kurzen Aussprache wird Antrag mit 13 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

Dem federführenden Ausschuss wird die Annahme des Antrages empfohlen.

TOP 5 Bericht aus dem Bezirksamt

BzStR Laschinsky berichtet

a) aus dem Bereich **Wohnen** über

- die Verlängerung der WBS-Freistellung durch den Senat bis zum 31.12.2007 in verschiedenen Großsiedlungen mit zusammen rd. 93.500 WE; Siedlungsgebiete im Bezirk Steglitz-Zehlendorf sind jedoch nicht darunter;

- die neugestalteten Internetseiten des FB Wohnen und gibt einen Ausdruck der Seiten in Umlauf. Die Neugestaltung hat zu einer Steigerung der Zugriffe von 1.489 im Dezember 2005 auf 3.394 im Februar 2006 geführt;

- Berechnungen der Senatsfinanzverwaltung zum durch die Hartz-IV-Reform bedingten geringeren Arbeitsanfall in den Sozial- und Wohnungsämtern, nach denen berlinweit rd. 300 Stellen zu wenig umgesetzt wurden als möglich gewesen wäre. Im Wohnungsamt des Bezirks seien etwa 8 – 10 Stellen betroffen. Bei einem derartigen Stellenabgang sei ein Anstieg der Bearbeitungszeiten unausweislich.

b) aus dem Bereich **Wirtschaft** über

- Mitteilungen der Deutschen Post AG zur Wiedereröffnung der im Partnerbetrieb geführten Postfiliale 377 am Teltower Damm 180 ab 03.04.2006 und die Umstellung des Postamtes in der Berliner Straße auf Partnerbetrieb im Laufe dieses Jahres;

- die Entscheidung des Bewilligungsausschusses bei der IBB, das zweite Tourismusprojekt nicht zu fördern. Maßgeblich hierfür soll die nach Auffassung des BA falsche Einschätzung gewesen sein, das die geplanten werblichen Maßnahmen zu einer direkten Bevorteilung der beteiligten Unternehmen führen würde. Im Vorfeld der Entscheidung hat es dringliche Bitten an den Staatssekretär der Senatswirtschaftsverwaltung und die Vertreterin des Rats der Bürgermeister im Ausschuss gegeben, die jedoch nicht zum Erfolg führten.

Hilfsweise ist deshalb für die bezirkliche Vorgabe von Mitteln aus dem Programm Lokales Soziales Kapitel zwei Anträge über jeweils 10.000 € für eine Qualifizierung touristischer Leistungsträger sowie für die Neuauflage einer „Langen Nacht“ beantragt worden.

Hierzu empfiehlt der Ausschuss eine positive Entscheidung.

- die aus Anlass der Eröffnung des Einkaufszentrums Schloßstraße/Grunewaldstraße beantragten und zu bewilligenden Sonderöffnungszeiten. Ergänzend dazu haben auch andere Unternehmen Ausnahmen von § 23 Laschenschlussgesetz beantragt, die wegen fehlender Messe- bzw. Marktaktivitäten hätten versagt werden müssen.

  Aufgrund der erheblichen bezirklichen und überbezirklichen Bedeutung der „Schloßgalerie“ für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Schloßstraße wurde auch diesen Betrieben unter weitestgehender Auslegung des Begriffs Anrainer die Ausnahmebewilligung erteilt. Den Kunden wird somit die Möglichkeit gegeben, die Schloßstraße als einheitliche „Einkaufsmeile“ zu erleben, um somit einer möglichen Polarisierung entgegen zu wirken. Weitere Ausnahmen nach dem LSchlG in analoger Anwendung dieser Wertung würden nicht genehmigt werden.

  Der Ausschuss unterstützt das Bezirksamt in der Sicht der Dinge und begrüßt diese Entscheidung ausdrücklich.

- das vom Senat in Aussicht genommene Dritte Gesetz zur Rechtsvereinfachung und Entbürokratisierung, mit dem 20 nicht mehr zwingend notwendige oder sachlicht überholte Vorschriften abgeschafft werden. Durch Änderung von 15 weiteren Gesetzen und Verordnungen sollen insbesondere im Baunebenrecht Verfahren beschleunigt und konzentriert werden.

  Darüber hinaus soll auch das Bezirksverwaltungsgesetz in einigen für Investorenvorhaben bedeutenden Punkten geändert werden und zur Verbesserung der Betreuung von Investitionsvorhaben die in jedem Bezirk vorhandene Wirtschaftsförderung gestärkt werden. Sie wird als bezirkliche Anlauf- und Koordinierungsstelle für Unternehmen und Investoren ausgestaltet und soll innerhalb der Bezirksverwaltung über eigene Beteiligungs- und Koordinierungsrechte verfügen. Andere Behörden werden verpflichtet, die Anlauf- und Koordinierungsstelle zu unterstützen. Diese Regelung folgt der Zentralen Anlauf- und Koordinierungsstelle in der Senatswirtschaftsverwaltung;

- das Interesse des BUS-Beratungszentrums Berlin, ein für den Bezirk kostenfreies Seminar zum Thema „Erfolgssicherung durch Risikofrüherkennung“ zu veranstalten, wobei nicht ausgeschlossen werden konnte, dass über diesen Weg auch Mandanten gewonnen werden sollten.

  Der Ausschuss unterstützt das Bezirksamt in der Sicht der Dinge und begrüßt diese Entscheidung ausdrücklich.

- die ihm bekannt gewordene Veranstaltung des Kreisverbandes von Bündnis 90/Die Grünen am 16.03.2006 ab 19.30 Uhr im „Wrangelschlößchen“ zum Thema „Mittelstandsförderung – Perspektiven und Realität“;

- eine Empfehlung der Senatswirtschaftsverwaltung an den Liegenschaftsfonds, eine ca. 8.200 m² große wegen ihrer Lage und Topographie nur schwer vermarktbare Teilfläche des Grundstücks Beeskowdamm/Wupperstraße zur Errichtung von Gewerbereihenhäusern (65 % gewerblicher Anteil; 35 % Wohnanteil) unter Ausschluss von Einzelhandelsnutzungen sowie der Nutzung als Sport- und Vergnügungsstätten, Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke, Schank- und Speisewirtschaften, Betriebe des Beherbergungsgewerbes sowie selbstständig genutzte Büro- und Verwaltungsgebäude.

- den Fortschritt bei der Einrichtung eines Online-Wirtschaftsportals der Bezirke unter „berlin.de“, in das auch diesbezügliche Aktivitäten des Frauenwirtschaftskreises „Connecting women“ einbezogen werden können;

- die Fortführung des Nachmittagsprogramms in den beiden Jugendverkehrsschulen durch ein Projekt der BBJ Service gGmbH, bei dem auch MAE-Kräfte eingesetzt werden und verteilt in diesem Zusammenhang das Programm der Jugendverkehrschulen für das 1. Halbjahr 2006.

TOP 6 Verschiedenes

Keine weiteren Wortmeldungen

Vorsitzender: BV Müller
Schriftführer: BV Kühnast
Protokoll: Reyer